

## Niederschrift Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Sitzungstermin:** Montag, 19.09.2011  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Wessels, Johann

#### **SPD-Fraktion**

Burfeind, Heidrun  
Gosciniak, Heinz für Horst Jahnke  
Götze, Horst  
Haase, Hans-Dieter für Benjamin Swieter  
Mecklenburg, Rico  
Schulze, Kai-Uwe

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut (bis 17:41 Uhr)  
Hoffmann, Monika

#### **FDP-Fraktion**

Ammersken, Heino  
Hoofdmann, Erwin für Hillgriet Eilers

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Renken, Bernd

#### **Fraktion DIE LINKE.**

Koziolk, Stephan-Gerhard

#### **Verwaltungsvorstand**

Lutz, Martin Erster Stadtrat

#### **von der Verwaltung**

Discus, Gerhard  
Mansholt, Dieter  
Baumann, Albert  
Stomberg, Beate  
Willms, Artur  
Behrens, Sebastian  
Sommer, Michael

#### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

#### **Gast**

Fooker, Ralf (bis 17:55 Uhr)  
Steenhardt, Heinz

## Niederschrift Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.09.2011

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Wessels** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Wessels** führt aus, der Tagesordnungspunkt 10 „1. Nachtragswirtschaftsplan 2011 der Zukunft Emden GmbH“ werde von der Verwaltung zurückgezogen.

**Beschluss:** Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 14.03.2011

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 14.03.2011 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Genehmigung der Niederschrift Nr. 31 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 16) am 25.05.2011

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 31 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 16) am 25.05.2011 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 5** Genehmigung der Niederschrift Nr. 32 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 17) am 16.06.2011

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 32 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 17) am 16.06.2011 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.09.2011

### TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

## BESCHLUSSVORLAGEN

### TOP 7 Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Emden Vorlage: 15/2124

**Herr Lutz** erläutert ausführlich die Vorlage. Abschließend stellt er fest, formell sei es so, dass der jetzige Rat die Geschäftsordnung beschließe und der neue Rat sich in seiner konstituierenden Sitzung die Geschäftsordnung selbst geben müsse.

**Herr Wessels** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Haase** bedankt sich zunächst bei den Mitarbeitern der Verwaltung, die die nicht einfache Aufgabe gehabt hätten, die neugestaltete Kommunalverfassung in Gestalt des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes in die Geschäftsordnung einzuarbeiten. Im Einzelfall habe dieses zu nicht unbedeutenden Veränderungen geführt wie z. B. die Ratsöffentlichkeit der Verwaltungsausschuss-Sitzungen. Seiner Ansicht nach sei man schlecht beraten, wenn man bestimmte Dinge schon heute für die nächsten fünf Jahre abschließend regeln wolle. Er schlage vor, sich intensiv in den Ratsfraktionen mit diesem Thema auseinanderzusetzen, wie man in Zukunft die Ausschüsse geschnitten haben wolle und welche personelle Stärke sie haben sollen. Bereits jetzt könne er jedoch sagen, dass die Zusammenlegung bestimmter Ausschüsse auf die Ablehnung der SPD-Fraktion stoßen werde. Er halte es für wichtig, dass in den Bereichen, wo in den Ausschüssen von den Ratsmitgliedern aller Fraktionen gut gearbeitet worden sei, auch in Zukunft diese Arbeitsmöglichkeiten in der Weise erhalten bleiben sollten.

Herr Haase betont, die Übertragung des alten NGO-Rechts auf das Recht des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes werde man natürlich umsetzen. Die §§ 18 und 20 sollte man heute auf keinen Fall beschließen, sondern ggf. einen Alternativvorschlag auf die Tagesordnung der konstituierenden Ratssitzung setzen. Herr Haase lädt alle Fraktionen zu einem Vorgespräch ein, um zu einem gemeinsamen Konsens zu kommen.

**Herr Ammersken** stellt fest, grundsätzlich stimme seine Fraktion der Vorlage zu. Aus seiner Sicht mache eine Zusammenlegung der Ausschüsse durchaus Sinn, da die Tätigkeitsfelder dieser Ausschüsse ähnlich seien. Dennoch sei die Aussage von Herrn Haase richtig, dass man dem neuen Rat die Möglichkeit geben müsse, Schwerpunkte zu setzen. Von daher werde er dem Vorschlag zustimmen, diese Punkte an die Fraktionen zu verweisen.

**Herr Bongartz** erklärt, auch seine Fraktion werde sich mit dieser Problematik beschäftigen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass noch ein weiterer Ausschuss hinsichtlich des Gebäudemanagements hinzukomme. Gerade für die kleineren Parteien sei es problematisch, alle diese Ausschüsse auch personell zu bedienen. Herr Bongartz bemerkt, bezüglich der Ausschüsse müssten sich nunmehr die neuen Fraktionen unterhalten. Dieses sei ein sehr sinnvolles Verfahren, welches bislang immer angewendet worden sei.

**Herr Renken** betont, seiner Meinung nach habe der alte Rat in seiner letzten Sitzung immer die Geschäftsordnung für den zukünftigen Rat beschlossen. Er wundere sich, dass es nunmehr

## Niederschrift Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.09.2011

anders sein sollte. Im Grunde genommen sei er stets dafür gewesen, dass der neue Rat souverän über seine eigene Geschäftsordnung entscheide. Insofern könne er mit diesem Vorschlag leben. Er wundere sich jedoch über einige Punkte, die sicherlich noch einmal in den neuen Fraktionen verhandelt werden müssten. In der Vergangenheit sei es so gewesen, dass die Geschäftsordnung immer einstimmig verabschiedet worden sei. Das bedeute auch, dass die Fraktionen aufeinander zugehen müssten und nicht starr an der Anzahl der Ausschüsse festhalten würden.

Weiter führt Herr Renken aus, seine Fraktion begrüße es sehr, dass auch endlich der Gesetzgeber die Ratsöffentlichkeit der Verwaltungsausschuss-Sitzung beschlossen habe. Herr Renken bemängelt den § 7 der Geschäftsordnung, der die Einwohnerfragestunde regelt und erklärt, im Nds. Kommunalverfassungsgesetz stehe, dass bei öffentlichen Sitzungen die Einwohnerinnen und Einwohner Fragen sowohl zu den Beratungsgegenständen als auch zu anderen Angelegenheiten der Kommune stellen könnten. In dem Entwurf der Verwaltung sei nicht enthalten, dass auch Fragen zu anderen Angelegenheiten der Kommune gestellt werden könnten. Seine Fraktion werde darauf drängen, dass dieses in die Geschäftsordnung mit aufgenommen werde.

Hinsichtlich der Zahl der Ausschüsse erklärt Herr Renken, er könne mit dem Vorschlag der Verwaltung gut leben. Wenn man die Anzahl der Ausschüsse mit denen vergleichbarer Städte in Niedersachsen gegenüberstelle, könne man erkennen, dass sich die Stadt Emden eine sehr großzügige Anzahl von Ratsausschüssen leiste. Hier müsse man sich fragen, ob es nicht sinnvoll sei, verschiedene Dinge in einem Ausschuss zusammenzufassen. Dieses mache insbesondere bei denjenigen Ausschüssen Sinn, die nur wenige Male im Jahr zusammentreten würden. Es sollte gemeinsam überlegt werden, welche Lösung auch aus fachlicher Sicht sinnvoll sei.

**Herr Mecklenburg** ist der Ansicht, dass die Ausführungen aus dem § 62 Nds. Kommunalverfassungsgesetz in die Geschäftsordnung mit aufgenommen werden müssten, da das Landesrecht höher stehe als das Ortsrecht. Bezüglich der Anzahl der Ausschüsse führt er aus, wenn die Ratsmitglieder sich umfassend zu den einzelnen Punkten in den Ausschüssen informieren lassen wollten, sich dazu äußern und diskutieren sollten, dann gehe es nicht, den jetzt schon überfrachteten Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt noch mit den Themen des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus zusammenzulegen. Hier wäre eine sinnvolle Beratung überhaupt nicht mehr möglich. Zudem dienten die Ausschüsse dazu, dass der Rat seine Aufgabe wahrnehmen könne. Die Beteiligung an der Selbstverwaltung der Kommune werde auch gerade durch die Arbeit in den Ausschüssen dargestellt. Die Verringerung der Anzahl der Ausschüsse werde von der Verwaltung jedes Mal vorgeschlagen und vom Rat abgelehnt.

**Herr Lutz** erklärt, in § 62 Nds. Kommunalverfassungsgesetz biete der Gesetzgeber an, in der Einwohnerfragestunde über Angelegenheiten der Kommunen in der Sitzung zu sprechen. Da es sich hierbei lediglich um ein Angebot handele, könne die Stadt Emden jedoch in ihrer Geschäftsordnung festlegen, dass nur zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung Fragen gestellt werden könnten. Eine derartige Diskussion sei bereits vor fünf Jahren geführt worden.

**Herr Haase** hofft, dass man einen erneuten einstimmigen Beschluss über die Geschäftsordnung auch dieses Mal fassen könne. Er wiederholt das Angebot an alle Fraktionen, sich zusammenzusetzen und gemeinsam zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Herr Haase erklärt, er könne Herrn Renken durchaus verstehen, wenn dieser für eine Verringerung der Anzahl der Ausschüsse eintrete. Seiner Ansicht nach könne jedoch nicht die Personalzahl gewisser Fraktionen allein der Maßstab sein. In der Stadt Emden begleite der Rat eng die Arbeit der Verwaltung und nehme seine Verantwortung sehr ernst. So sei der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt in den letzten Jahren häufig mit der umfassenden Tagesordnung nicht fertig geworden. Wenn man diesem Ausschuss jetzt noch Dinge auflasten würde, die den gesamten

## Niederschrift Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.09.2011

Bereich Tourismus und Hafen betreffen, schaffe man einen Ausschuss, der wöchentlich tagen müsse. Dieses könne nicht im Sinne eines starken Engagements sein. Hier helfe auch der Vergleich mit anderen Städten nicht.

**Herr Bongartz** ist der Ansicht, dass man diese Diskussion jetzt nicht weiter vertiefen sollte. Seiner Meinung nach habe man vor fünf Jahren auch bereits über die Einwohnerfragestunde diskutiert und aus wohlverstandenen Gründen abgelehnt, da man nicht wolle, dass in einem Fachausschuss Fragen gestellt würden, die einen ganz anderen Bereich betreffen würden. Es wäre zu überlegen, ob man Fragen zulassen könne, die nicht auf der Tagesordnung stünden, jedoch den Fachbereich betreffen würden.

**Herr Renken** erklärt, es würde auch die Möglichkeit geben, in einer Ratssitzung, die im Grunde genommen alle Gebiete umfasse, diese Fragen zuzulassen. Damit würde mehr Bürgerbeteiligung ermöglicht.

**Herr Haase** hofft, dass man gemeinsam einen Weg finden werde, die Einwohnerfragestunde in den Ausschüssen auf das jeweilige Gebiet zu begrenzen, aber dafür für die Ratssitzungen eine Alternative anbieten, um somit alle Fragen, die diese Stadt betreffen würden, zumindest auch thematisieren zu können. Wenn hier eine Ebene gefunden werde, habe man mehr Offenheit für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

**Herr Ammersken** bemerkt, es mache unter kollegialen Aspekten Sinn, die § 7, 18 und 20 zunächst herauszunehmen, um sie in den Fraktionen gemeinsam zu diskutieren.

**Herr Wessels** schlägt vor, diese Vorlage zunächst an die Fraktionen zu verweisen, um sie in Ruhe besprechen und anschließend direkt in den Verwaltungsausschuss geben zu können.

**Beschluss:** Verweisung an die Fraktionen

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 8** Feststellung des Jahresabschlusses der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH (AAFÖG) für das Geschäftsjahr 2010  
Vorlage: 15/2101

**Herr Lutz** erklärt, bereits im Rechnungsprüfungsausschuss sei diese Vorlage beraten und einstimmig beschlossen worden. Die AAFÖG sei vor einigen Jahren gegründet worden, um Arbeitsförderung zu betreiben. In den letzten Jahren habe sie keinen Verlustausgleich bekommen, obwohl die Stadt Emden gesagt habe, sie wolle sie entsprechend decken. Dieses habe einen Betrag von über 300.000 € ausgemacht, die die AAFÖG tatsächlich nicht benötigt habe, weil die AAFÖG in den Vorjahren auch Gewinne erwirtschaftet habe. Leider seien diese Zeiten vorbei. Nunmehr werde vorgeschlagen, den Bericht anzunehmen und den aufgelaufenen Verlust der Gesellschaft zu decken.

**Herr Wessels** bedankt sich für die Ausführungen.

## Niederschrift Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.09.2011

**Beschluss:** Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH werden beauftragt, sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2010 anzunehmen.

Die Stadt Emden leistet der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH über die im Gesellschaftsvertrag festgehaltene Regelung über den Verlustausgleich hinaus einen Verlustausgleich in Höhe des festgestellten Jahresfehlbetrages 2010 in Höhe von 256.841,90 €.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 9** Stammkapitalerhöhung der Zukunft Emden GmbH  
Vorlage: 15/2157

**Herr Lutz** erläutert kurz die Vorlage.

**Herr Wessels** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Ammersken** bemerkt, grundsätzlich habe er nichts gegen diese Vorlage einzuwenden. Jedoch erschließe sich ihm die Sinnhaftigkeit nicht so ganz, da eine Gewinnrücklage genauso wie eine Kapitalrücklage ratingtechnisch herangezogen würde. Er bitte um eine genauere Erläuterung, aus welchem Grunde so verfahren werde.

**Herr Steenhardt** erklärt, die Zukunft Emden GmbH habe im Verhältnis zu ihrer Bilanzsumme ein relativ kleines Stammkapital. Der Rat habe mit zwei Beschlüssen bisher Grundstücke in die Gesellschaft zur Kapitalerhöhung gegeben, die dort auch enthalten seien. In der Praxis habe sich jetzt allerdings gezeigt, dass das Stammkapital und die Kapitalrücklage nicht berücksichtigt würden. Dieses sei ihm von zwei Banken gesagt worden. Einheimische Banken würden dieses Kapital auch nur zu 80 % anerkennen. So habe man in der Praxis nur eine Kapitalsumme von 50 Mio. € und ein Eigenkapital von 1,17 Mio. €. Dieses würde von den Banken nicht akzeptiert, zumal die Zukunft Emden GmbH keine Bürgschaften der Stadt Emden mehr erhalte und sich aus eigener Kraft finanzieren müsse.

**Herr Haase** führt aus, auch er sei zunächst von dieser Vorlage überrascht gewesen, zumal er das Verfahren so kenne wie Herr Ammersken es formuliert habe. Wenn dieses nicht richtig sein sollte, sei es seiner Ansicht nach der richtige Weg, wie vorgeschlagen zu verfahren. Dennoch dürfte man nicht vergessen, die Zukunft Emden GmbH habe Gewinne erwirtschaftet und diese in die Rücklage gebracht und könne somit aus eigener Kraft seine Eigenkapitalquote wesentlich erhöhen. Dann sei für die Kapitalgeber offenkundig, dass dort viel Masse dahinterstecke. Insofern stimme er dieser Vorlage zu.

**Herr Bongartz** ist ebenfalls der Meinung, dass man so verfahren sollte. Bezüglich der entstandenen Kapitalrücklage fragt er an, ob dieses liquide Mittel seien oder Grundstücke, die so bewertet worden seien.

**Herr Steenhardt** entgegnet, es handele sich hierbei um Werte und spiegele bloß den tatsächlichen Wert der Gesellschaft aufgrund der Abschreibungen und dergleichen wider.

## Niederschrift Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.09.2011

**Beschluss:** Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt, die Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft von 1.177.000,- € auf 8.400.000,- € durch die vollständige Umwandlung der Gewinnrücklage und Auffüllung aus der Kapitalrücklage zu beschließen

**Ergebnis:** einstimmig

Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1
----------------	-----------------	-----------------

**TOP 10** 1. Nachtragswirtschaftsplan 2011 der Zukunft Emden GmbH  
Vorlage: 15/2158

**Ergebnis:** Von der Verwaltung zurückgezogen.

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 11** Zwischenbericht aus dem Zins- und Schuldenmanagement gem. Ziffer 8 der Kreditrichtlinie der Stadt Emden zum 30.06.2011  
Vorlage: 15/2140

**Frau Stomberg** erklärt, gemäß der Richtlinie, die dem Rat zur Entscheidung vorgelegt worden sei, habe die Verwaltung einen Bericht zum Thema aktives Zins- und Schuldenmanagement abzuliefern. Heute würde es sich lediglich um einen Zwischenbericht handeln. Der Schlussbericht werde dann zum Ende des Jahres dem neuen Rat vorlegt.

**Herr Lutz** weist darauf hin, dass im letzten Jahr ein Angebot von 4,38 % vorgelegen hätte. Abgeschlossen sei es jedoch zu einem längerfristigen Zinssatz von 3,82 %. Aus diesem Grunde würde ständig der Markt beobachtet. Weiter bemerkt Herr Lutz zur Grafik, dass im Jahre 2008 Verbindlichkeiten an den BEE gegeben worden seien. Wenn man sich jetzt die Differenz ansehe, sei festzustellen, dass trotzdem wieder neuen Schulden bei der Stadt aufgenommen worden seien. In der Grafik sei zwar eine deutliche Verschönerung des Ergebnisses zu erkennen, jedoch würden sich die Schulden beim BEE wiederfinden.

**Herr Haase** betont, es würde sich hierbei jedoch um den Stand der Investitionskredite handeln. Dafür seien Werte geschaffen worden, die gleichermaßen auf der anderen Seite der Bilanz wieder als Werte bei der Stadt Emden auftauchen würden. Man könne gemeinsam stolz darauf sein, gerade in den letzten Jahren vieles an städtischen Dingen auf den Weg gebracht zu haben. Wenn hierfür Investitionskredite aufgenommen werden musste, so sei dieses zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger geschehen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN**

**TOP 12** Friesenkrug in Wybelsum;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.08.2011  
Vorlage: 15/2146

**Herr Fooken** betont, es sei für die Bürgerinnen und Bürger von Wybelsum sehr wichtig, dass der Friesenkrug erhalten bleiben würde, da er für das Dorf eine zentrale Bedeutung habe. Er bittet die Verwaltung, einen wirklich engagierten Pächter zu finden, der den Friesenkrug wieder in einem guten Zustand versetzen würde.

**Herr Baumann** erklärt, er sei sich durchaus bewusst, welchen Stellenwert der Friesenkrug für die Ortschaft Wybelsum habe. Der bisherige Pächter habe Ende Juli um Auflösung des Pachtvertrages gebeten. Man habe das Pachtverhältnis im gegenseitigen Einvernehmen zum 31.08.2011 beendet, da abzusehen gewesen sei, in welche Richtung es gehen würde. Mittlerweile hätten zwei Interessenten sich den Friesenkrug angesehen und würden spätestens in der nächsten Woche ihr Angebot abgeben. Die Pacht sei auch beim letzten Pächter bewusst nicht sehr hoch angesetzt worden, da er der einzige Bewerber gewesen sei. Wie engagiert diese beiden Interessenten nunmehr seien, müsse sich herausstellen.

Weiter führt Herr Baumann aus, der Mensabetrieb im Friesenkrug laufe unabhängig vom Pächter weiter. Eine eigene Vereinbarung sei mit dem Fachdienst Schule und Sport getroffen worden. Auch die Theatergruppe habe einen eigenen Schlüssel erhalten, um auch weiterhin im Friesenkrug proben zu können.

**Herr Fooken** stellt heraus, dass es seitens des Bürgervereins Wybelsum ein großes Interesse geben würden, den Friesenkrug in Eigenregie weiterzuführen, sofern keine Einigung mit den Interessenten erzielt werde. Somit könne dann der Friesenkrug zumindest für Familienfeiern bzw. Tee- und Kaffeetafeln genutzt werden. Er bittet darum, dass ein möglicher Pächter auch gezielt auf den Bürgerverein zugehen sollte, denn der Erhalt sei für die Dorfgemeinschaft sehr wichtig.

**Herr Wessels** erinnert daran, dass im Jahre 1995 ein Vertrag bezüglich des Saalbetriebes aufgestellt worden sei. Dort sei geregelt, dass die Vereine von Wybelsum und Logumer Vorwerk das Recht hätten, diesen Saal nutzen zu können.

**Herr Mecklenburg** führt aus, er habe feststellen können, dass die Anzahl von Veranstaltungen im Laufe der Zeit des letzten Pachtvertrages immer weiter zurückgegangen sei. Der Mensabetrieb der Schule sei hiervon nicht betroffen und habe seinen eigenen Bereich und seine eigenen Gerätschaften. Seiner Ansicht nach käme es jetzt darauf an, eine vernünftige Lösung für den Friesenkrug zu finden. Herr Mecklenburg bezieht sich auf den Hinweis von Herrn Fooken, dass versucht werden müsse, einen neuen Pächter zu finden, der das Ganze auf eine tragfähige Basis stelle. Von daher wäre es sehr sinnvoll, dem neuen Pächter das Angebot des Bürgervereins nahezubringen, um so in einer Kooperation etwas zu erreichen, was auch eine Zukunftsfähigkeit habe.

Herr Mecklenburg bemerkt, dass das Gebäude derzeit keinen besonders guten Eindruck mache und sicherlich von einem neuen Pächter verlangt werde, dass einige Sachen wieder in Ordnung gebracht werden müssen. Zudem bedürfe seiner Meinung nach der Saal einer Renovierung, um ihn so in einen Zustand zu versetzen, dass Menschen hier auch ihre Familienfeiern abhalten möchten.



## Niederschrift Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.09.2011

**Herr Baumann** erklärt, er habe sich auch über die Möglichkeit einer Verwaltung durch den Bürgerverein Gedanken gemacht, da er zunächst nicht damit gerechnet habe, überhaupt Interessenten für den Friesenkrug zu finden. Er wolle nunmehr zunächst abwarten, welche Angebote vorgelegt werden und dann in die Gespräche mit einbringen, dass man sich mit dem Bürgerverein intensiv austauschen möge. Nur so sei es möglich, wieder Leben in diese Einrichtung zu bekommen, da es hier im Moment sehr trostlos aussehen würde.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 13** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

#### 1. Eigenkapitalerhöhung Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH

**Herr Lutz** weist darauf hin, dass im Nachtragshaushalt 2011 1 Mio. € als Eigenkapitalerhöhung der Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH geplant sei. Aufgrund des Wunsches der Geschäftsführung des Krankenhauses sollte die Eigenkapitalerhöhung nicht in das Stammkapital eingeführt werden, da bei einem möglichen Defizit dieses in der Kapitalrücklage gegengebucht werden könnte. Im Stammkapital sei dieses nicht möglich.

#### 2. Möglicher Erwerb eines weiteren Medizinischen Versorgungszentrums

**Herr Lutz** kündigt eine eventuelle Eilentscheidung des noch amtierenden Verwaltungsausschusses an. Er bemerkt, der Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH würde ein Angebot vorliegen, ein weiteres Medizinisches Versorgungszentrum mit Sitz in Emden zu erwerben, welches derzeit von einem Krankenhaus in Papenburg betrieben werde. Die dazu erforderliche Kaufpreissumme sei bei dem Medizinischen Versorgungszentrum Emden GmbH tatsächlich schon erwirtschaftet worden. Momentan werde darüber diskutiert, ob es sich um eine Übernahme der Gesellschaftsanteile handeln oder ob man nur den Betrieb des medizinischen Versorgungszentrums erwerben würde. Hier müsse zunächst die Stellungnahme der Kassenärztlichen Vereinigung abgewartet werden. Herr Lutz erklärt weiter, da er nicht davon ausgehe, dass bis zur nächsten Ratssitzung eine abschließende Entscheidung vorliegen werde, könnte hier möglicherweise eine entsprechende Eilentscheidung notwendig sein.

### **TOP 14** Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.